Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut ausl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 318. Freitag den 14. November 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die **Wählerliste** für die auf **Mittwoch, den 19. d. Mts.** festgesetzte **Ergänzungswahl des Peterskirchenvorstandes** ist zur Einsichtnahme ausgelegt
Sonnabend, den 15. November und
Montag, den 17. November
in der **Kirchen-Expedition der Peterskirche** (Eingang Schletterstraße Nr. 5).
Leipzig, den 13. November 1890.
Der Kirchenvorstand zu St. Petri.
D. Hartung, Pfarrer.

Bekanntmachung.

Die am 18. August dieses Jahres hier verstorbene Frau Marie Pauline verw. Commissionsrath Bielitz geb. Devrient hat der hiesigen Armencasse letztwillig
Sechshundert Mark
als Vermächtniß ausgesetzt, welcher Betrag durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Zehme sen. am 10. dieses Monats zur Auszahlung gebracht worden ist.
Mit herzlichstem Danke gegen die Bedachte bringen wir Solches zur öffentlichen Kenntniß.
Leipzig, am 13. November 1890.
Das Armendirectorium.
A. B. 537. Hentschel. R.

Bekanntmachung.
100 Mark Belohnung.

Am Vormittag des 10. dieses Monats hat der hiesige Kaufmann **Oswald Rößler** seine Wohnung verlassen, ohne bis jetzt dahin zurückgekehrt zu sein. Es wird vermuthet, daß demselben ein Unfall zugestoßen ist oder daß er in einem Anfalle von Geistesstörung selbst den Tod gesucht hat.

Der Vermißte ist 51 Jahre alt, hat graue Haare, Glatze, hohe Stirn, blaue Augen, graumelirten kurzgeschnittenen Vollbart, gute Zähne, rundes Kinn, ovales Gesicht, mittle, untersetzte Gestalt und war bekleidet mit dunkelgrauem Jaquetanzug, braunem Herbstüberzieher, braunem steifen Filzhut, weißleinenem Hemd, grauwollener Leibjacke, dergl. Unterbeinkleidern und Stiefeletten mit Gummizug. Die Wäschestücke sind mit „O. R.“, die übrigen Kleidungsstücke mit „Amend & Schulze“ gezeichnet. Außerdem hat der Vermißte goldene Uhr und Kette, ein Portemonnaie mit Geld und ein Notizbuch mit Briefen und Papieren bei sich getragen.

Unter dem Bemerken, daß die Angehörigen des Vermißten demjenigen, welcher über dessen Verbleib zuverlässige Auskunft zu ertheilen vermag, die oben ausgeworfene Belohnung zugesichert haben, ersuchen wir hierdurch Jedermann, etwaige sachdienliche Wahrnehmungen ungesäumt zur Kenntniß unserer Criminalabtheilung zu bringen.
Leipzig, am 12. November 1890.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
VII. 2765. Bretschneider. B.

Bekanntmachung.

In Ergänzung unserer Veröffentlichung vom 10. hjs. mens., das Verschwinden der Ehefrau eines hiesigen Buchhändlers betr., geben wir hierdurch noch bekannt, daß die Leibwäsche der Vermißten, wie nachträglich uns mitgetheilt worden ist, nicht durchweg E. G., sondern zum Theil auch E. M. gezeichnet gewesen ist und daß die Dame außer der von uns bereits beschriebenen Kleidung ein schwarzledernes Portemonnaie mit etwa 20 ℳ Inhalt, ein Pincenez, wahrscheinlich mit goldener Einfassung, eine goldene Damencylinderuhr mit ebensolcher Kette, sowie einen seidenen Regenschirm mit dunklem gebogenen Griff bei sich geführt hat und zuletzt am vergangenen Freitag, den 7. dss. Mts., etwa 10 Minuten nach 4 Uhr Nachmittags am Kugeldenkmal, den Weg nach der Schützenstraße zu einschlagend, gesehen worden ist.

Indem wir wiederholen, daß seitens des Ehemanns der Vermißten für Denjenigen, welcher eine sichere Auskunft über den Verbleib der Letzteren zu geben vermag, eine **Belohnung von 100 Mark** ausgesetzt worden ist, bitten wir nochmals dringend, etwaige sachdienliche Wahrnehmungen ungesäumt zur Kenntniß unserer Criminalabtheilung — Wächterstraße Nr. 5, Erdgeschoß links — zu bringen.
Leipzig, am 12. November 1890.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
VII. 2759. Bretschneider. W.

Ausschreibung.

Am Neubau der Markthalle in Leipzig soll die Lieferung der erforderlichen Schmiedeeisen-Arbeiten für das I. Loos der Standeinrichtungen für grüne Waaren ꝛc. an einen oder mehrere leistungsfähige Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen und das Arbeitsverzeichniß können im Baubureau an der verlängerten Brüderstraße hierselbst eingesehen, bez. gegen porto- und bestellgeldfreie Einsendung von 1 ℳ durch unsere Bauverwaltung bezogen werden. Die Zeichnungen liegen gleichfalls im obengenannten Bureau zur Einsichtnahme aus, auf Wunsch sind auch Copien gegen Erlegung von 4 ℳ in Baar, nicht in Briefmarken, zu erhalten.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift:
„Markthalle — Standeinrichtungen“
bis zum 22. November cr. Vormittags 10 Uhr im Rathhause allhier, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern und die Theilung der Arbeiten, bez. die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.
Leipzig, den 12. November 1890.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lindner.

Die **Schmiedearbeiten**, sowie **Guß- und Walzeisen-Lieferungen** und die **Klempner- und Dachdeckerarbeiten** für den **Neubau** einer Bezirksschule in Leipzig-Gohlis sind vergeben und werden diejenigen Bewerber, welche nicht besonders benachrichtigt worden sind, ihrer Angebote entlassen.
Leipzig, am 6. November 1890.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lohse.

Die preußische Thronrede.

Die vorliegenden Berichte über die Eröffnung des preußischen Landtages stimmen darin überein, daß sich bei gleichem Anlasse noch niemals ein so allgemeines Interesse aller parlamentarischen Kreise kund gegeben habe. Die Abgeordneten aller Parteien waren in großer Zahl erschienen, und die Hauptstellen der Thronrede wurden mit lebhaftem Beifall begrüßt. Diese gehobene Stimmung, welche im Weißen Saale des Berliner Schlosses herrschte, war nur der Widerhall der Stimmung, welche im ganzen Lande und im Reiche herrscht, sie ist der Ausdruck der Zufriedenheit darüber, daß seit langer Zeit gefühlte Bedürfnisse ihre Befriedigung erhalten werden und daß damit vielen berechtigten Klagen Abhilfe geschafft werden soll. Es ist ein Irrthum, zu glauben, daß der Gegensatz zwischen den staatserhaltenden Parteien so groß und unausgleichbar ist, um den Versuch einer gemeinsamen Arbeit zum Zwecke nothwendiger Reformen von vornherein als aussichtslos erscheinen zu lassen. Unter der Stockung einer nothwendigen Entwickelung leiden alle Parteien, auch diejenigen, welche mit Zähigkeit an gewissen ererbten Vorrechten und damit verbundenen Ueberlieferungen festhalten. Conservativ bedeutet nicht, daß Alles beim Alten bleiben soll, sondern ein vernünftiger Conservatismus will nur dafür Sorge tragen, daß nothwendige Reformen nicht in überstürzter Weise, sondern mit Maßen durchgeführt werden. Conservativ im ganzen Sinne des Wortes ist und muß naturgemäß sein die leitende Gewalt in der Monarchie, die Dynastie nicht minder, wie die vom Souverain ernannte Regierung, aber das Festhalten an bestehenden und zugleich veralteten Einrichtungen ist keineswegs conservativ, sondern sehr gefährlich für den ungestörten Fortbestand lebensfähiger Bildungen. Das Uebermaß des Conservatismus führt mit Nothwendigkeit zum Umsturz des Bestehenden und deshalb hat sich ein vernünftiger Conservatismus noch niemals gegen nothwendige Reformen gesträubt. Die Selbstverwaltung ist in Preußen unter Mitwirkung der conservativen Partei eingeführt worden, obwohl dadurch bestehende Vorrechte der bevorzugten Classen beseitigt worden sind, und die Socialreform hat gleichfalls in conservativen Kreisen das ihr gebührende Verständniß gefunden. Nun kommt freilich als Schlußstück die Landgemeindeordnung, welche die Consequenzen der Kreis- und Provinzialordnung zieht, und die Zustimmung dazu wird den Großgrundbesitzern Mühe kosten, aber auch sie werden sich der Nothwendigkeit fügen, weil die Zeit mit Macht vorwärts drängt, und weil es ein alter bewährter Grundsatz ist, daß man eine unhaltbare Stellung freiwillig räumen soll, um dem unvermeidlichen Zwang, der sonst eintreten würde, zuvorzukommen.

Das Wort Interessenpolitik hat in den letzten zwölf Jahren seit Einführung des neuen Zolltarifs im Deutschen Reiche eine große Rolle gespielt. Das geflügelte Wort: „Der Landwirthschaft muß geholfen werden“, hat als Losung gedient für die Steuerpolitik, welche im Deutschen Reiche die herrschende geworden ist. Ihr verdanken wir die Branntwein- und die Zuckersteuer, und diese Steuern haben auch ihre Zweckmäßigkeit erwiesen. Aber es giebt noch eine andere, zwingendere Rücksicht, nach welcher die Steuererhebung eingerichtet werden muß, und das ist die auf den wirthschaftlich Schwachen. Der Ausbildung und Erweiterung des indirecten Steuersystems stand die Nothwendigkeit der Entlastung der ärmeren Volksclassen von directen Steuern gegenüber. Diesem Bedürfniß soll in Preußen Genüge geleistet werden durch Aufhebung oder Verringerung der Steuer von den kleinen und mittleren Einkommen und Gewerbebetrieben. Die steuerkräftigeren Theile der Bevölkerung sollen dagegen die ihnen verhältnißmäßig zukommende Steuer auch bezahlen. Das ist eine Forderung der Gerechtigkeit, die von allen Wohlgesinnten anerkannt werden muß und auch in der Hauptsache wird. Es giebt kaum etwas, wodurch die Unzufriedenheit der Besitzlosen stärker erregt wird, als die Ueberzeugung, daß die Besitzenden zu den Staatslasten weniger beitragen, als sie nach Verhältniß ihrer Einkünfte zu leisten haben. Das ist leider bisher vielfach der Fall gewesen, und wenn darin eine Aenderung eintritt, so ist damit ein Hauptagitationsmittel der Socialdemokratie beseitigt. Die Forderung nach gleichen Rechten und Pflichten ist eine durchaus begründete, und gegen diese kann auch von conservativer Seite kein Einspruch erhoben werden. Die ungleiche Vertheilung der Güter des Lebens ist eine Sache für sich, auf welche die Staatsregierung nur insoweit Einfluß zu üben vermag, als sie dafür sorgt, daß Reichthümer nicht auf unrechtmäßige oder gesetzwidrige Weise erworben werden, aber das ist eine unbedingt berechtigte Forderung, abgesehen vom Parteistandpuncte, daß die Heranziehung zu den Staatslasten nur nach Maßgabe der wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit geschehen darf.

Die Frage der Schulpflicht ist bisher nicht in der wünschenswerthen Weise geregelt. Die Schullasten sind in Preußen ungleich vertheilt, und auch hier sind es wieder die wirthschaftlich Schwachen, welche mehr, als es geschehen sollte, zu Leistungen herangezogen worden sind. Das sind Ueberbleibsel einer Zeit, in welcher die herrschenden Classen ihre bevorzugte Stellung mißbrauchten. Die Thronrede verheißt, daß durch das neue Volksschulgesetz eine gerechte Vertheilung der Volksschullasten herbeigeführt, die durch die Gesetzgebung der letzten Jahre angebahnte Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts zum Abschluß gebracht und dem Lehrerstande der Bezug eines festen, den örtlichen Verhältnissen angemessenen Diensteinkommens gewährleistet werden soll. Das ist wiederum eine Reform, welche den Anforderungen der Gerechtigkeit entspricht und lediglich als eine Folge des Grundsatzes anzusehen ist, daß den gemeinsamen Pflichten auch gemeinsame gleiche Rechte gegenüberstehen müssen. Wir nennen den Verfassungsstaat der Gegenwart mit gutem Grunde einen Rechtsstaat in dem Sinne, daß Rechten stets Pflichten von gleichem Gewichte gegenüber stehen müssen. Das Streben, diesen Inhalt des Rechtsstaates zu verwirklichen, ist seit langer Zeit vorhanden gewesen, aber die volle Durchführung ist bisher vielfach auf Hindernisse gestoßen.

Die preußische Thronrede ist besonders deshalb von so großer Bedeutung für die Entwickelungsstufe, auf welcher wir uns befinden, weil sie einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung des Rechtsstaates thut. Eine Regierung, welche freiwillig anerkennt, daß die Steuerveranlagung, wie sie ist, nicht den Anforderungen der Gerechtigkeit entspricht, daß die Verwaltungspraxis in den Landgemeinden reformbedürftig ist, daß endlich die Schullasten nicht gleichmäßig vertheilt sind, stellt sich dadurch ein glänzendes Zeugniß für ihr Verständniß der Aufgaben der Zeit aus. Nichts ist geeigneter, die herrschende Unzufriedenheit mit bestehenden Zuständen zu beseitigen, als der ausgesprochene Wille und die Bereitwilligkeit der Regierung, vorhandene Mißstände abzustellen und nothwendige Reformen durchzuführen. Die Socialdemokratie hat stets die Neigung gehabt, derartige Vorgänge als ein Ergebniß ihrer Agitationen hinzustellen, eine solche Auffassung ist aber gerade in diesem Falle durchaus verfehlt. Es handelt sich hier lediglich um die Erfüllung von Forderungen, welche die liberale Partei seit langer Zeit gestellt hat.

Leipzig, 14. November.

* Wie der Fürstbischof Kopp gewissermaßen als Vertreter der katholischen Geistlichkeit, so ist der Abt Uhlhorn des Klosters Loccum als Vertreter der evangelischen Geistlichkeit eingeladen worden, an den am 4. December im preußischen Cultusministerium beginnenden Berathungen über die Reform des höheren Schulwesens Theil zu nehmen. So viel man hört, dürfte Minister von Goßler den Vorsitz bei diesen Berathungen führen, soweit die Landtagsarbeiten nicht seine Anwesenheit im preußischen Abgeordnetenhause erforderlich machen. Die Commission wird voraussichtlich mehrere Wochen tagen.

* Ueber den Gesundheitszustand des Oberhofpredigers D. Kögel schreibt die „Kreuz-Zeitung“ gegenüber den Angaben eines Berichterstatters:

Das Urlaubsgesuch wurde von Herrn D. Kögel aus eigenster Initiative dem Kaiser eingereicht. Der Kaiser hat in überaus gnädiger Form das Gesuch genehmigt. Die Ursache der Krankheit des Herrn D. Kögel ist nicht in „Bedrängnissen im Amt“ zu suchen, sondern lediglich eine Folge geistiger Ueberarbeitung und geht größtentheils auf die Zeit des Hinscheidens der Kaiserin Augusta zurück. Uebrigens ist der Zustand des Herrn D. Kögel nicht derartig bedenklich, wie es nach dem fraglichen Artikel erscheinen dürfte, da mehrere Aerzte sich nach eingehender Untersuchung unabhängig von einander in der zuversichtlichsten Weise geäußert haben. Deshalb ist die Hoffnung durchaus begründet, daß Herr Oberhofprediger D. Kögel nach seiner Rückkehr sein Amt wieder übernehmen und noch lange in Segen führen werde.

* **Aus München wird uns vom 12. November geschrieben:** An die Thatsache, daß der verstorbene Cultusminister Dr. v. Lutz Material zum Nachweis der Nichtverwandtschaft der Redemptoristen mit den Jesuiten gesammelt und einen voluminösen Act dem Amtsnachfolger hinterlassen hat, wird von der bayerischen Centrumspresse zu Unrecht die überschwängliche Hoffnung geknüpft, daß dadurch alle Wege zur Rückberufung der Redemptoristen geebnet seien. Nur vereinzelte Pressstimmen beklagen, daß diese für Bayern so „eminent wichtige“ Angelegenheit in Berlin und nicht in München entschieden wird. Was Berlin in dieser Sache betrifft, so scheint man über der Hoffnung, daß der Reichstag das Jesuitengesetz beseitigen wird, ganz den Kaiser zu vergessen, der sich doch in Hannover in entschiedener Weise gegen die Rückberufung der Redemptoristen ausgesprochen hat. Im bayerischen Cultusministerium liegen mehrere Gutachten über den Verwandtschaftsgrad der Redemptoristen, aber auch alles Material aus anderen geistlichen Quellen, weil sich das Cultusministerium doch auch über die Bedürfnißfrage ein zutreffendes Bild machen möchte. Eine unbedingte Bejahung der Bedürfnißfrage liegt aber durchaus nicht vor. In es liegen Brochuren ꝛc. vor, worin hervorragende bayerische Centrumsführer, z. B. Ruland als Pfarrer in Arnstein (Unterfranken) schrieben: „Ist es demnach so unbedingt anzunehmen, daß durch die gewünschte Einführung der Redemptoristen in Franken so großes Heil entstehen werde, daß eine neue Belebung des Glaubens und der Sitten hervorgerufen werde? Der fränkische Klerus in seiner Mehrheit glaubt es nicht! Sollte wirklich die Einführung dieser Congregation im Bedürfniß und im Wunsche des fränkischen Klerus liegen? O nein! Der fränkische Klerus in seiner Mehrzahl bedarf der Redemptoristen nicht! Der fränkische Klerus in seiner Mehrzahl wünscht sie nicht!“ — Das Gejammer nach der Rückberufung derselben ist auch gar nicht in Einklang mit den thatsächlichen Verhältnissen zu bringen, denn Dank der Rücksicht des früheren wie des jetzigen Cultusministers befinden sich mehrere Redemptoristenpatres trotz des den Aufenthalt innerhalb Deutschlands verbietenden Reichsgesetzes auf bayerischem Boden und man hat ihnen selbst beim Messelesen keine Schwierigkeiten bereitet. Volksverhetzende Missionen abzuhalten, kann allerdings selbst die bayerische Gutmüthigkeit dem etwas „scharfen“ Orden nicht zugestehen. Der jetzige Cultusminister ist gewillt, den gewünschten Rückberufungsantrag beim Bundesrath einzubringen, wiewohl der Minister sich selbst sagen muß, daß man in Berlin eine eigenthümliche Meinung bekommen muß, wenn Bayern keine wichtigeren Anträge im Bundesrathe einzubringen hat als Rückberufung einzelner Ordensgeistlicher, während das ganze süddeutsche Volk von ganz anderen Fragen bewegt wird. Wie die Centrumspresse und die Partei auch drängeln mögen, Dr. v. Müller wird die Rückberufungsangelegenheit nicht überstürzen, im Gegentheil, liegen Anzeichen vor, daß die Rückberufung der Redemptoristen für die bayerischen Ultramontanen ein caudinisches Joch werden wird, durch das sie consequenter Weise gehen müssen, weil sie die Backen für die an sich so geringfügige Redemptoristenangelegenheit so vollgenommen haben. Die nächste Landtagssession wird dieser wohlbegründeten Meinung Recht geben. Bleibt der Cultusetat ultramontanerseits unbeschnitten, dann wird der Redemptoristenantrag bayerischerseits im Bundesrath eingebracht. Was und wie der Bundesrath aber darüber befinden wird, liegt zu propagiren oder zu verhindern nicht in Bayerns Macht.

* In der Landesversammlung der bayerischen Volkspartei, welche am verflossenen Sonntag in Nürnberg tagte, entwickelte Rechtsanwalt Heigel das Programm der Partei. Dasselbe gipfle in dem Freistaat, in dem Staat der Zukunft, in der Republik; die Parteigenossen seien Republikaner und müßten Republikaner sein. Wer das nicht sein wolle, der habe kein Recht, sich zur Partei zu zählen. Es sei einer Partei unwürdig, wenn sie ihre Ziele zu Gunsten eines verwerflichen Stimmenfangs verschleiere. Die Volkspartei könne den Zufall nicht anerkennen, der einem Menschen den Adelsbrief oder gar eine Krone in die Wiege lege. Die „Freisinnige Zeitung“ verwahrt sich zwar gegen diese Ausführungen, das hindert aber nicht, daß Deutschfreisinnige und Demokraten jederzeit in einer so engen Geschlossenheit auftreten, daß die Grenze oft kaum mehr zu erkennen ist. In Baden sind die beiden Parteien trotz des republikanischen Bekenntnisses so gut wie vollständig verschmolzen.

* * *

* Die böhmische Ausgleichscommission erledigte die noch übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfs über den Landesculturrath nach den Anträgen des Referenten, Fürsten Lobkowitz, sprach demselben ihren Dank für seine Mühewaltung aus und wählte ihn zum Referenten im Landtage.

* Aus belgischen Regierungskreisen verlautet, der Kammer werde in allernächster Zeit ein Gesetzentwurf zugehen, durch welchen das Stimmrecht bei den Communal- und Provinzialwahlen eine erhebliche Ausdehnung erfahren solle.

* Aus Luxemburg, 9. November, wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben:

Der Herzog von Nassau hat unser Land nunmehr wieder verlassen, und zwar mit dem vollen Bewußtsein, daß die Luxemburger Bevölkerung in ihm ihren zukünftigen Herrscher liebt und ehrt. Die während der paar im Lande verbrachten Tage ihm zu Theil gewordenen Kundgebungen verliefen ohne Pflicht und trugen einen herzlichen Charakter. Daß der Herzog von Nassau sich im vorigen Jahre auf eine so geschickte Art und Weise huldigen ließ, wurde ihm damals von einer gewissen Presse verübelt. Daß aber politische Gründe dieses Auftreten der Bevölkerung veranlaßten, wurde verschwiegen; galt es doch gerade, die von jener Seite aufgetriebenen Gespenster zu verscheuchen. Nachdem damals festgestellt worden ist, daß der Herzog der Einwohnerschaft, entgegen anderen Hoffnungen, höchst willkommen ist, und daß er selbst unsere Unabhängigkeit am meisten achtet und „mit seinem letzten Tropfen Blutes für das Land einzustehen“ versprach, nachdem ferner die ihm von allen Staatsoberhäuptern, auch vom Präsidenten der französischen Republik, zugegangenen Glückwunschtelegramme bekundeten, daß unserem zukünftigen Fürsten von keiner Seite Unangenehmes bevorstehe, nach alledem konnte heute von allen gerechtwollen Manifestationen abgesehen werden und die Feierlichkeiten konnten, dem Wunsche des Herzogs gemäß, einen familiären Charakter tragen. Und so war es auch. An der von einem deutschen Blatte gebrachten Meldung von einer dem Herzog gegenüber veranstalteten antideutschen Kundgebung ist kein wahres Wort.

* In einer am Dienstag im Athenäum in Madrid gehaltenen Rede über die sociale Frage besprach Canovas del Castillo die zur Lösung des Conflictes zwischen Capital und Arbeit von Staatsmännern und Oekonomisten vorgeschlagenen Mittel. Er erklärte die Cooperation und Werke der Nächstenliebe für sich als ungenügend und hob hervor, die Frage erheische besonders bei jenen Nationen eine dringende Lösung, welche allgemeines Stimmrecht hätten. Canovas besprach sodann eingehend die deutsche Social-Gesetzgebung, die wesentlich auf kaiserliche Initiative zurückzuführen sei und erklärte ein eingeschränktes Wahlrecht geeigneter, die Gegensätze zu mildern, als das allgemeine Stimmrecht. Der Redner schloß mit dem Hinweise auf die Nothwendigkeit einer Intervention des Staates in der Frage des Arbeitsvertrages und empfahl allseitige Klugheit.

* Das „Reuter'sche Bureau“ meldet: Nach an autorisirter Stelle eingegangenen Erkundigungen sind die Mittheilungen der „Saint James Gazette“ über die angebliche Regelung der Neufundlands-Frage ohne jede Begründung. Eine Abtretung englischen Gebiets ist weder vorgeschlagen, noch auch nur angeregt. (Wiederholt.)

* Ein Berliner Brief der officiösen „Politischen Correspondenz“ bespricht den Wahlsieg der demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten von Amerika. Er weist mit Genugthuung darauf hin, daß die deutsche Regierung vom Anfang an daran festgehalten hat, daß jeder Versuch zu einem activen Vorgehen gegen die neue amerikanische Schutzzoll-Politik bedenklich sein würde und es sich für alle Staaten unbedingt empfehle, gemeinsam eine streng zurückhaltende Haltung einzunehmen und abzuwarten, welches Urtheil die Bevölkerung der Vereinigten Staaten selbst in dieser Frage schließlich abgeben werde. Der unerwartete große Sieg der demokratischen Partei bei den letzten Wahlen habe in erster Linie die Bedeutung, daß das amerikanische Volk in seiner Majorität eine Ermäßigung des jetzigen Tarifs verlangt und nicht zum Vortheil einzelner Großcapitalisten auf Kosten des Ganzen gewisse Industriezweige künstlich groß gezogen zu sehen wünscht. Die Mac Kinley-Bill habe damit wohl einen tödtlichen Streich empfangen, denn es sei kaum zu bezweifeln, daß der Sieg, den die Demokraten soeben errungen haben, ihre Energie und ihren Einfluß in einem Maße steigern wird, daß die schließliche und selbstverschuldete Niederlage der Republikaner für in hohem Grade wahrscheinlich angesehen werden kann.

* Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Cleveland, hat sich in einer Unterredung über das Wahlresultat ausgesprochen. Er sagte: Es mußte jedem denkenden Menschen klar sein, daß die allgemeine Forderung einer Tarifreform, deren Existenz die Republikaner leugneten, die Hauptsache bei dem Resultat bildet. Das Volk wünschte eine Verringerung der Lebensmittelpreise. Der republikanische Congreß erhöhte die Preise, deshalb hat das Volk einen Congreß gewählt, von dem es Rücksicht auf seine Lasten erwartet. Das Volk kann für einige Zeit wohl blind gemacht werden, aber es entdeckt den Betrug und straft ihn. Ich glaube, unser Sieg ist nicht das Resultat einer vorübergehenden Begeisterung unter den Demokraten und eine Folge von Parteistreitigkeiten unter den Republikanern, sondern es ist der überlegte Ausdruck einer Ueberzeugung, die mühsam erworben ist. — Die demokratische Partei ist nun auch verpflichtet, eine gerechte Revision des Tarifs ins Werk zu setzen und wird nicht aufhören zu arbeiten, bis sie die dem Volke gegebenen Versprechungen erfüllt hat.

* Eine Depesche des „New-York Herald“ aus La Libertad berichtet, daß der Präsident der Republik Honduras, Bogran, mit seinen Truppen von Insurgenten unter Führung eines gewissen Sanchez in seiner Hauptstadt Tecugicalpa belagert wurde, sich aber einen Weg durch die Belagerer bahnen konnte und die Stadt, verfolgt durch die Leute des Sanchez, mit seinen Truppen verließ. Der Präsident von Guatemala hat Bogran 1000 Mann Truppen zu Hilfe gesandt. Man befürchtet, daß daraus größere Verwickelungen in Centralamerika entstehen könnten.